



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Juli dieses Jahres hat Mexiko einen neuen Staatspräsidenten und einen neuen Kongress gewählt. Enrique Peña Nieto von der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) wird das Land vom 1. Dezember an regieren. Damit kehrt seine Partei nach zwei Amtszeiten, in denen die Partido de Acción Nacional (PAN) den Präsidenten stellte, an die Spitze des Staates zurück, an der sie zuvor 71 Jahre beheimatet war. Die Dominanz der PRI hatte für das Land teils verheerende Folgen, insbesondere mit Blick auf die Bereiche Korruption und innere Sicherheit. Nun ist die alte „Staatspartei“, mit einem jungen Gesicht, erneut an der Macht. Inwieweit sich Peña Nieto gegen gefestigte Strukturen in seiner Partei durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Die neue Regierung hat eine faire Chance verdient. Von einer Konsolidierung der Demokratie in Mexiko zeugt jedenfalls, dass die Wahl friedlich verlaufen ist und die PAN den Wählerwillen akzeptiert hat.

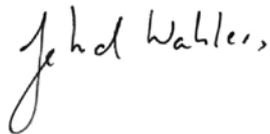
Am Ende von zwölf Jahren in Regierungsverantwortung hatte die PAN zahlreiche Erfolge vorzuweisen. Warum diese Leistungen nicht honoriert wurden und die Partei sogar noch hinter der Partido de la Revolución Democrática (PRD) auf den dritten Platz zurückfiel, erläutert Stefan Jost in seinem Beitrag für diese Ausgabe. Die politischen Erfolge der PAN in den vergangenen Jahren schmälern die Wahlergebnisse nicht: Außenpolitisch hat Mexiko seine Rolle in der Region gestärkt. In der Umweltpolitik hat das Land eine Führungsrolle übernommen und insbesondere als Gastgeber des Klimagipfels in Cancún einen guten Eindruck hinterlassen. Als eines von drei lateinamerikanischen Ländern in den G-20 und neben Chile einzigem Vertreter des Subkontinents in der OECD ist Mexiko auch für ausländische Investoren zunehmend attraktiv. Das Land hat heute mehr bilaterale Freihandelsabkommen als so gut wie alle anderen Staaten der Erde.

Zu den Verdiensten der PAN in ihrer Regierungszeit zählt auch das Transparenzgesetz, das unter Präsident Vicente Fox verabschiedet wurde und sich als wirksames Mittel der Korruptionsbekämpfung erwiesen hat. Die Politik seines Nachfolgers Felipe Calderón im Kampf gegen das organisierte Verbrechen hat ebenfalls viele Erfolge gebracht. Seine Bekämpfung der Drogenkartelle, vielfach kritisiert wegen des massiven Einsatzes des Militärs, hat nicht nur Mexiko, sondern die gesamte Region ein Stück sicherer gemacht. In diesem Bereich sind die Probleme jedoch noch immer immens. Eine umfassende Polizeireform, die zur Besserung der Lage dringend nötig wäre, haben weder Fox noch Calderón auf den Weg bringen können. Dennoch, die PAN übergibt, bei allem Reformbedarf, ein weitgehend geordnetes Land mit guten Wachstumsperspektiven.

Präsident Peña Nieto wird den Kampf gegen die Drogenkriminalität aller Voraussicht nach fortsetzen, wenn auch mit anderen Mitteln: Dass er im Wahlkampf erklärt hat, die Präsenz des Militärs zu verringern, deutet darauf hin, dass er dem alten Politikstil der PRI entsprechend einen Weg suchen wird, sich mit den Kartellen zu einigen, mit dem Ziel einer Stabilisierung der inneren Sicherheit. Den soliden wirtschaftspolitischen Kurs der PAN-Regierung dürfte Peña Nieto fortsetzen wollen. Damit dies gelingt, müsste er etliche dringend nötige Reformen durchsetzen, die von der oppositionellen PRI zuvor noch blockiert wurden, etwa in den Bereichen Energiepolitik und Arbeitsmarkt. Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Landes schreibt Günther Maihold in dieser Ausgabe.

Überfällig sind darüber hinaus Reformen in den Bereichen Polizei und Justiz. Zwar wurden hier, wie Wolfgang Muno in seinem Beitrag darlegt, in den vergangenen Jahren insbesondere auf bundesstaatlicher Ebene bereits zahlreiche Erfolge erzielt. Unter Calderón hat Mexiko sämtliche internationalen Menschenrechtskonventionen in die Verfassung aufgenommen. Dennoch sind die meisten mexikanischen Haftanstalten noch weit von rechtsstaatlichen Verhältnissen entfernt. Verdächtige sitzen zum Teil monatelang ein, ohne dass ein Verfahren eröffnet wurde, was wiederum die Ärmsten und diejenigen ohne Kontakte zur organisierten Kriminalität am härtesten trifft, denn gute Anwälte können sie sich kaum leisten.

In allen reformbedürftigen Politikbereichen wird Peña Nieto auf die Unterstützung der Opposition angewiesen sein, denn der neue Präsident hat keine eigene Mehrheit im Parlament. Seine Position ist, der Verfassung nach, relativ schwach. Zu erwarten ist, dass die PAN als Oppositionspartei eine etwas konstruktivere Rolle spielen wird als Peña Nietos eigene Partei in den vergangenen Jahren. In dem Bemühen der PAN um Erneuerung, die die Partei zu alter Stärke zurückführen und aus der Opposition heraus wichtige Impulse für die Entwicklung des Landes setzen kann, wird die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren langjährigen Kooperationspartner nach Kräften unterstützen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de